

Verpflichtungserklärung nach Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG-NRW) bei Bau- oder Dienstleistungen im Sinne von § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)**I. Tariftreuepflicht, Mindestlohn**

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, bei der Ausführung des Auftrags den hierbei beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindeststundenentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes erlassene Rechtsverordnung verbindlich vorgegeben werden, soweit die auszuführenden Leistungen diesen Vorgaben unterliegen. Dies gilt entsprechend für Mindestentgelte, die auf Grund der Vorschriften des Mindestarbeitsbedingungengesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 802-2, veröffentlichten bereinigten Fassung für den jeweiligen Wirtschaftszweig in der jeweils geltenden Fassung festgesetzt worden sind. Unabhängig von gesetzlichen Vorgaben für die auszuführende Leistung verpflichte(n) ich/wir mich/uns, den bei der Ausführung der Leistung Beschäftigten (ohne Auszubildende) wenigstens ein Mindeststundenentgelt von 8,62 Euro zu zahlen.

Es gilt folgender Tarifvertrag: _____.

und folgendes Mindeststundenentgelt: _____ €.

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, dafür zu sorgen, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung bei der Ausführung der Leistung für die gleiche Tätigkeit ebenso entlohnt werden wie regulär Beschäftigte.

Für den Fall der Ausführung übernommener Leistungen durch Nachunternehmer oder für die Beschäftigung von entliehenen Arbeitskräften verpflichte(n) ich/wir mich/uns, auch von Nachunternehmern und allen weiteren Nachunternehmern sowie von Verleihern von Arbeitskräften eine Verpflichtungserklärung abgeben zu lassen, die I. dieser Verpflichtungserklärung entspricht.

II. Kein Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb

Ich/wir erkläre(n), dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der öffentlichen Auftragsvergabe wegen schuldhaften Verstoßes gegen die Verpflichtung aus einer Verpflichtungserklärung gemäß §§ 4 und 9 Absatz 1 Satz 1 TVgG-NRW nicht vorliegen.

III. Berücksichtigung sozialer Kriterien

(zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ Durch das beiliegende unabhängige Zertifikat _____ erbringe/n ich/wir den Nachweis, den Auftrag gemäß den in der Leistungsbeschreibung bekanntgegebenen besonderen Auftragsausführungsbedingungen ausschließlich mit Waren auszuführen, die unter Beachtung der in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind¹.

¹ Diese Mindeststandards ergeben sich aus:

1. dem Übereinkommen Nr. 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit vom 28. Juni 1930 (BGBl. 1956 II S. 641),
2. dem Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes vom 9. Juli 1948 (BGBl. 1956 II S. 2073),
3. dem Übereinkommen Nr. 98 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen vom 1. Juli 1949 (BGBl. 1955 II S. 1123),
4. dem Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit vom 29. Juni 1951 (BGBl. 1956 II S. 24),
5. dem Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit vom 25. Juni 1957 (BGBl. 1959 II S. 442),
6. dem Übereinkommen Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf vom 25. Juni 1958 (BGBl. 1961 II S. 98),

- ☐ Ein unabhängiges Zertifikat kann nicht vorgelegt werden. Daher sichere/n ich/wir zu, den Auftrag gemäß den in der Leistungsbeschreibung bekanntgegebenen besonderen Auftragsausführungsbedingungen ausschließlich mit Waren auszuführen, die unter Beachtung der in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind.
- ☐ Ein unabhängiges Zertifikat bzw. die Zusicherung, den Auftrag gemäß den in der Leistungsbeschreibung bekanntgegebenen besonderen Auftragsausführungsbedingungen ausschließlich mit Waren auszuführen, die unter Beachtung der in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind, kann ich/können wir trotz Beachtung der Sorgfaltspflichten eines ordentlichen Kaufmanns nach § 347 HGB nicht oder nicht fristgerecht vorlegen. Ich/Wir gehen davon aus, dass die in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards bei der Gewinnung oder Herstellung der Waren beachtet wurden.

IV. Frauenförderung

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, bei der Ausführung des Auftrags Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im eigenen Unternehmen durchzuführen oder einzuleiten (soweit eine Rechtsverordnung aufgrund von § 21 Absatz 4 Nummer 1 TVgG-NRW dies vorsieht) sowie das geltende Gleichbehandlungsrecht zu beachten (gilt jeweils nur für Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten, ausschließlich der zu ihrer Ausbildung Beschäftigten, und für Aufträge über Leistungen ab einem geschätzten Auftragswert ohne Umsatzsteuer von 50.000 € und für Aufträge über Bauleistungen ab einem geschätzten Auftragswert ohne Umsatzsteuer von 150.000 €).

Ort, Datum

Firmenstempel u. rechtsverbindliche Unterschrift Bieter

7. dem Übereinkommen Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung vom 26. Juni 1973 (BGBl. 1976 II S. 202),
8. dem Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1291).

Preisangebot

zur Herstellung von Tiefbauarbeiten für die Verlegung von Stromkabeln, Gas- und Wasserleitungen.

Der Unterzeichner bietet aufgrund genauer Prüfung der Verhältnisse nach unterschriebener Anerkennung aller Vertragsbestandteile (Baubeschreibung, Ausschreibung, Zusätzliche Technische Vorschriften: Tiefbau) die nachstehenden Leistungen an.

Ich / Wir verpflichten mich / uns die oben beschriebene Baumaßnahme einschließlich der notwendigen Oberflächenarbeiten in den vorgegebenen Bauzeiten fertig zustellen. Mir / uns ist bekannt, dass Schlechtwettertage oder eine Auftragserweiterung durch Personal- und Maschineneinsatz von mir / uns auszugleichen sind.

Durch die rechtsverbindliche Unterschrift bestätigt der Bieter:

- Dass sein Angebot vollständig ist,
- Dass ihm alle Bedingungen zur Preisbildung bekannt sind,
- Dass er diese berücksichtigt und anerkennt,
- Dass er keine Abreden mit anderen Bietern getroffen hat,
- Dass er diese Ausschreibung auf ihre Vollständigkeit hin überprüft hat, insbesondere auf fehlende Seiten,
- Dass der Text der Ausschreibung nicht unverständlich oder mehrdeutig ist
- Dass bei evtl. Rückfragen eine zufriedenstellende, ausreichende Erklärung erfolgte,
- Dass er sich über die örtlichen Verhältnisse der Baustellen unterrichtet hat,
- Dass er diese Ausschreibung und ihre Bedingungen ohne Einschränkung durch seine Unterschrift als maßgeblichen Vertragsbestandteil rechtsverbindlich anerkennt.

.....,

Ort

.....

Datum

.....

Firmenstempel

.....

Unterschrift